

Das Schweizer Klimaprivileg

**Wie Klimakrise und Ungleichheit
einander verstärken**

Eine Schweizer Analyse zum Oxfam-Bericht

Disaster Divide: How Climate Chaos Deepens Inequality and Enriches the Few

**solidar
suisse**



Executive Summary

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische Katastrophe – sie ist eine fundamentale Ungleichheitskrise. Überschwemmungen, Dürren, Hurrikane und steigende Nahrungsmittelpreise treffen weltweit vor allem jene Menschen, die am wenigsten zur Erderwärmung beitragen und über die geringsten Ressourcen verfügen, um sich vor ihren Folgen zu schützen.

Die Schweiz profitiert von einem Klimaprivileg.

Dank ihres Wohlstands, ihrer Infrastruktur und ihrer staatlichen Kapazitäten kann sie die Folgen der Erderwärmung deutlich besser abfedern als viele ärmere Länder. Gleichzeitig trägt sie durch hohe konsumbasierte Emissionen¹, grosse Vermögen sowie ihren bedeutenden Finanz- und Rohstoffhandelsplatz überproportional zur Klimakrise bei.

Damit steht unser Land exemplarisch für das globale Missverhältnis zwischen Verursachung und Betroffenheit.

Wer die Krise verursacht hat, kann sich am effektivsten vor ihren Folgen schützen.

Der neue Oxfam-Bericht *Disaster Divide: How Climate Chaos Deepens Inequality and Enriches the Few* untersucht, wie Klimakrise und Ungleichheit sich gegenseitig verstärken. Solidar Suisse hat ihn mit Schweizer Zahlen und Einordnungen ergänzt.

Die Zahlen sind eindrücklich:

Die reichsten 0,1 Prozent der Weltbevölkerung – rund acht Millionen Menschen – verursachen heute mehr Emissionen als die ärmsten 44 Prozent der Menschheit zusammen, also 3,5 Milliarden.

Diese Elite befindet sich zwar nicht nur im Globalen Norden, doch die historische Verantwortung für die Erderwärmung liegt primär hier: Obwohl hier nur rund 14 Prozent der Menschheit leben, geht der überwiegende Teil der bisherigen Emissionen auf ihr Konto.²

Gleichzeitig bestimmt der Zugang zu Ressourcen darüber, wer Klimarisiken ausgesetzt ist, wer Schäden vermeiden kann und wer sich nach einer Katastrophe wieder erholt.

Die Klimakrise verstärkt bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit.

Diese Dynamik zeigt sich nicht nur bei Extremwetterereignissen. Sie prägt zunehmend auch den Alltag von Millionen Menschen. Klimabedingte Ernteauffälle und Produktionsstörungen treiben weltweit die Lebensmittelpreise nach oben. Diese sogenannte «Climateflation» trifft Haushalte mit tiefen Einkommen besonders stark und verschärft Ungleichheiten weiter. Gleichzeitig entstehen rund um Wiederaufbau und Katastrophenschutz sowie aufgrund steigender Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise neue Profite für einzelne Unternehmen, Investorinnen und Finanzakteure.

Aus diesem Gegensatz zwischen Verursachen und Betroffenheit entsteht für die Schweiz eine besondere Verantwortung. Denn ihr Einfluss als Standort bedeutender Finanzinstitute sowie internationaler Rohstoff- und Agrarhandelsunternehmen reicht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus.

Für Solidar Suisse folgt daraus eine klare politische Konsequenz: Wer die Klimakrise verursacht und von fossilen Geschäftsmodellen profitiert, muss für die Schäden geradestehen und sich stärker an den Kosten für Klimaschutz, Anpassung sowie klimabedingte Verluste beteiligen.

Make Polluters Pay.

Die reichsten 0,1 Prozent der Weltbevölkerung – rund acht Millionen Menschen – verursachen heute mehr Emissionen als die ärmsten 44 Prozent der Menschheit zusammen.



1

Die Emissionen der Reichen verursachen Klimakatastrophen

Zwischen reichen und armen Ländern, aber auch innerhalb einzelner Staaten bestehen enorme Emissionsunterschiede. Während sich der ökologische Fussabdruck der meisten Menschen wesentlich aus Infrastruktur, Energieversorgung, öffentlichem Verkehr und Einkommen zusammensetzt, umfasst er bei der kleinen sehr wohlhabenden Minderheit von Milliardär*innen weit mehr. Ihr Konsum, aber vor allem ihre Investitionen und ihr Eigentum an emissionsintensiven Unternehmen verursachen einen überproportional grossen Teil der globalen Emissionen.

Acht Millionen Menschen verursachen mehr Emissionen als 3,5 Milliarden

- Die reichsten 0,1 Prozent der Weltbevölkerung verursachen mehr Emissionen als die ärmsten 44 Prozent.
- Die reichsten 0,1 Prozent verursachen mehr als dreimal so viele Emissionen wie die gesamte Bevölkerung Subsahara-Afrikas.
- Die reichsten zehn Prozent sind für knapp die Hälfte aller konsumbasierten Emissionen verantwortlich.
- Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verursacht lediglich 8,4 Prozent davon.³

Diese Berechnungen ordnen die Emissionen dem Konsum der Menschen zu, unabhängig davon, wo die entsprechenden Güter produziert wurden. So werden auch Emissionen sichtbar, die wohlhabende Länder durch importierte Produkte verursachen.

Privatjets zeigen diese eklatante Emissionsungleichheit besonders deutlich: Von rund 250'000 Menschen genutzt, verursachten im Jahr 2025 Privatjets 16 Millionen Tonnen CO₂. Ein einziger Flug stiess etwa 3,7 Tonnen CO₂ aus, ungefähr so viel wie eine durchschnittliche Person weltweit in einem ganzen Jahr.⁴

Eigentum und Investitionen erzeugen Emissionen

Der persönliche Konsum zeigt nur einen Teil der Verantwortung. Für *Disaster Divide* wurden die Beteiligungen von mehr als 1000 Milliardär*innen aus 59 Ländern an 1095 Unternehmen untersucht. Ihre Investitionsemissionen beliefen sich 2025 auf rund 486 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Wären sie ein Land, stünden sie auf Platz 19 der Rangliste der weltweit grössten Emittent*innen.⁵

Die durchschnittlichen Investitionsemissionen betrugen rund 486'000 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Milliardär*in. Zudem wurden 71 Prozent der untersuchten Investitionen in Branchen mit besonders hohen Klimaauswirkungen getätigt, etwa Öl, Gas oder Chemie.⁶

Diese Zahlen verschieben den Blick von individuellen Konsumententscheidungen hin zu Eigentum, Investitionen und wirtschaftlicher Macht.

Von Emissionen zu Todesfällen

Im Jahr 2023 starben weltweit mehr als 178'000 Menschen infolge von Hitzewellen. 54 Prozent dieser Todesfälle waren auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen.⁷

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist für rund 20 Prozent der globalen Erwärmung seit 1990 verantwortlich. Eine Person aus dieser Gruppe hat 34-mal stärker zu den heutigen Hitzeextremen beigetragen als eine durchschnittliche Person und über hundertmal stärker als jemand aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Die Emissionen, die das reichste Prozent innerhalb eines Jahres verursacht, werden langfristig zu schätzungsweise 1,9 Millionen zusätzlichen hitzebedingten Todesfällen führen.⁸

2

Die Folgen des Klimawandels treffen Menschen unterschiedlich

Ein Extremwetterereignis wird nicht allein aufgrund seiner meteorologischen Ausprägung zur Katastrophe. Entscheidend ist auch, wo und unter welchen Bedingungen Menschen leben, welche Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen und ob sie sich nach einem Verlust wieder erholen können.

Um zu erklären, weshalb dieselben Klimarisiken so unterschiedliche Folgen haben, greift Oxfam ein ursprünglich von der Weltbank entwickeltes Dreistufenmodell auf und erweitert es um ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen: Exposition, Verletzlichkeit, Widerstandskraft.⁹

Exponiertheit

Menschen sind Klimarisiken wie Überschwemmungen, extremer Hitze, Dürren oder Waldbränden in unterschiedlichem Ausmass ausgesetzt. Wer ein tiefes Einkommen hat, lebt häufiger in besonders gefährdeten Gebieten und arbeitet öfter im Freien oder in unmittelbar klimaabhängigen Berufen. Auch der Zustand von Ökosystemen spielt eine Rolle: Wo Mangroven, Wälder, Feuchtgebiete oder Korallenriffe zerstört sind, fehlen natürliche Schutzbarrieren.

Verletzlichkeit

Menschen und ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen sind verschieden anfällig: Der Zustand der Wohnung, Gesundheit, sichere

Landrechte sowie der Zugang zu Wasser, Elektrizität und öffentlicher Infrastruktur beeinflussen ihre Verwundbarkeit.

Nach Überschwemmungen in Mumbai machten die Reparatur- und Wiederbeschaffungskosten für einkommensschwache Familien rund das 15-fache des Monatseinkommens aus. Bei wohlhabenderen Haushalten lagen sie ungefähr in der Höhe eines Monatseinkommens.¹⁰

Widerstandskraft

Auch die Fähigkeit, Schäden zu bewältigen und sich davon zu erholen, hängt von Wohlstand ab. Ersparnisse, Versicherungen, soziale Sicherung, rechtlich geschütztes Eigentum und verschiedene Einkommensquellen erleichtern den Wiederaufbau. Als der Hurrikan Mitch 1998 Honduras traf, vernichtete er 18 Prozent der Vermögenswerte des ärmsten Fünftels, aber nur drei Prozent der Vermögenswerte des reichsten Fünftels.¹¹

Gleichzeitig verstärken Klimafolgen die Ungleichheit: Eine Untersuchung von 158 Ländern zwischen 1995 und 2019 stellte einen Zusammenhang zwischen zunehmender Klimakrise und steigender Einkommensungleichheit fest.¹²

Weltweit leben 887 Millionen in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Lebensstandard benachteiligte Menschen in Regionen, die mindestens einem bedeutenden Klimarisiko ausgesetzt sind. 681 Millionen sind extremer Hitze, 465 Millionen Überschwemmungen und 207 Millionen Dürren ausgesetzt.¹³

So entsteht ein sich selbst verstärkender Kreislauf.

Ungleichheit erhöht die Exponiertheit und Verletzlichkeit und schwächt die Widerstandskraft. Die daraus entstehenden Schäden verschärfen wiederum die Ungleichheit.

3

Climateflation: Die Klimakrise verteuert den Alltag

Höhere Durchschnittstemperaturen, Dürren, Überschwemmungen, unzuverlässige Niederschläge und Bodendegradation reduzieren Erträge und machen die landwirtschaftliche Produktion zunehmend unberechenbar. Gemäss ungünstiger Szenarien könnten die weltweiten Maiserträge um bis zu 24 Prozent sinken.¹⁴

Ein Anstieg der Durchschnittstemperatur um ein Grad senkt das landwirtschaftliche Einkommen armer ländlicher Haushalte um 53 Prozent.¹⁵

Klimakrise im Einkaufskorb

Klimabedingte Produktionsausfälle führen zu steigenden Lebensmittelpreisen. Bis 2035 könnte die Erwärmung die jährliche Lebensmittelinflation um 0,92 bis 3,23 Prozentpunkte erhöhen.¹⁶

Auch davon sind der Globale Norden und Süden unterschiedlich betroffen: Schweizer Haushalte wenden durchschnittlich rund neun Prozent ihrer Konsumausgaben für Lebensmittel auf. In Nigeria sind es 59 Prozent, in Myanmar 54 Prozent und in Bangladesch 53 Prozent.¹⁷ In Guatemala und Honduras geben viele Haushalte rund 65 Prozent ihres Einkommens für Nahrung aus. Mehr als ein Drittel verwendet sogar mindestens 75 Prozent dafür. Preissteigerungen führen dazu, dass Familien Mahlzeiten auslassen, Land, Vieh und Werkzeuge verkaufen oder Ausgaben für Gesundheit und Bildung reduzieren.¹⁸

Kleinbäuer*innen trifft es härter

Weltweit kontrollieren Betriebe mit über 1000 Hektaren mehr als die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche, obwohl sie lediglich 0,1 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen.¹⁹ Grossbetriebe verfügen eher über Bewässerungssysteme, Lagerkapazitäten, Versicherungen, Kredite und finanzielle Mittel für neue Technologien, die kleinbäuerlichen Produzent*innen meist fehlen.

4

Ungleichheit verstärkt die Klimafolgen

In Ländern mit grosser Ungleichheit verursachen Katastrophen höhere Todeszahlen. Bei Überschwemmungen liegt die Zahl der Todesopfer in stark ungleichen Ländern siebenmal höher als in egalitäreren Gesellschaften.²⁰

Keine Versicherung

Versicherungen können helfen, Verluste aufzufangen. Doch gerade jene Menschen, die den grössten Risiken ausgesetzt sind, besitzen häufig den geringsten Versicherungsschutz. In gefährdeten Regionen steigen die Prämien oder Anbieter*innen ziehen sich zurück. So entsteht eine wachsende Schutzlücke.²¹

Verschärfung von Diskriminierungen

Eine Auswertung von 130 Studien ergab, dass Frauen und Mädchen in 68 Prozent der untersuchten Fälle stärker von klimabedingten Gesundheitsfolgen betroffen waren als Männer und Jungen.²² Auch geschlechtsspezifische Gewalt nimmt während und nach Extremereignissen häufig zu.²³

Extremwetterereignisse haben in den vergangenen zehn Jahren rund 220 Millionen Menschen aus ihren Wohnorten vertrieben.²⁴ Bis 2050 könnten bis zu eine Milliarde Menschen klimabedingt vertrieben werden.²⁵

Wer wann, wie stark und mit welchen Folgen von der Klimakrise betroffen ist, hängt wesentlich mit Ungleichheit zusammen.

5

Doppelte Dividende: Profit mit der Klimakrise

Während Millionen Menschen durch die Folgen des Klimawandels ihr Zuhause, ihr Einkommen oder ihre Ernährungssicherheit verlieren, entstehen rund um Katastrophenschutz, Anpassung und Wiederaufbau neue Märkte. Der globale Markt für den Wiederaufbau nach Katastrophen soll bis 2029 von jährlich 70 auf 92 Milliarden US-Dollar wachsen.²⁶

Der *Destroy and Rebuild Index* von Oxfam umfasst 217 Unternehmen, die entweder an emissionsintensiven Geschäftsmodellen oder an Katastrophenvorsorge, Anpassung und Wiederaufbau verdienen. Die beiden weltweit grössten Vermögensverwalter, BlackRock und Vanguard, sind an 92 Prozent dieser Unternehmen beteiligt. Oxfam spricht deshalb von einer «doppelten Dividende»: Gewinne entstehen sowohl durch Geschäftstätigkeiten, die zur Klimakrise beitragen, als auch durch Märkte, die aus ihren Folgen entstehen.²⁷

Gewinne durch steigende Lebensmittelpreise

Klimabedingte Ernteausfälle treiben die Lebensmittelpreise nach oben. Doch die höheren Preise kommen nicht bei den Produzent*innen an. So beschädigte Extremwetter 2024 die Kakaoernten in Westafrika. Die Preise stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 231 Prozent, ohne dass die Kakaobäuer*innen davon profitierten. Gleichzeitig trugen Starkregen in Indonesien sowie Dürren in Brasilien und Vietnam zu einem Anstieg der Kaffeepreise um 38,8 Prozent bei.²⁸

Wer von solchen Preissprüngen profitiert, hängt auch mit den Machtverhältnissen entlang der Lieferketten zusammen. Vier Unternehmen – Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus – kontrollierten 2022 schätzungsweise 50 bis 60 Prozent des weltweiten Handels mit Getreide, Ölsaaten und Proteinpflanzen. Diese Marktkonzentration ermöglicht es grossen Handelsunternehmen die Preise für Produzent*innen wie Konsument*innen zu beeinflussen.²⁹ Das reale Vermögen der Milliardär*innen in der Lebensmittelbranche ist seit 2020 um mehr als 130 Milliarden US-Dollar gestiegen.³⁰

Klimaprivileg Schweiz: hohe Schutzfähigkeit, hohe Emissionen, hohe Verantwortung

Die Klimakrise macht auch vor der Schweiz nicht halt. Hitzewellen, Trockenheit, Wasserknappheit und Extremwetterereignisse betreffen uns zunehmend. Gleichzeitig verfügt die Schweiz über Möglichkeiten, Schäden zu begrenzen und sich davon zu erholen. Als Land mit hohen konsumbezogenen Emissionen, grossen Vermögen und einem bedeutenden Finanz- und Rohstoffhandelsplatz trägt die Schweiz überproportional zur Klimakrise bei.

Emissionsungleichheit in der Schweiz

- Die reichsten 0,1 Prozent verursachen durchschnittlich 245,6 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr. Das entspricht dem 26-fachen der Emissionen der ärmeren Hälfte.
- Das reichste Prozent verursacht 73,9 Tonnen CO₂.
- Die ärmere Hälfte verursacht 9,4 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr.³¹
- Der Schweizer Durchschnitt liegt bei 13,9 Tonnen CO₂.

Ein krasses Beispiel der Emissionsungleichheit ist der Privatjetverkehr. Obwohl Deutschland knapp zehnmal so viele Einwohner*innen hat, starteten in der Schweiz 2025 mehr als halb so viele Privatjets wie in Deutschland. Pro Kopf wurden damit rund 5,5-mal so viele Abflüge registriert. Innerhalb von 33 Minuten verursachten Schweizer Privatjets so viel CO₂ wie eine Person aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung in einem ganzen Jahr.³²

Exponiert, aber nicht schutzlos

Rund 30 Prozent der Bevölkerung leben in Gebieten mit mindestens einem relevanten Klimarisiko. Aufgrund von Wohlstand, Infrastruktur, Versicherungen und staatlichen Kapazitäten kann die Schweiz diese Risiken jedoch wesentlich besser abfedern als ärmere Länder.³³ Auch die wirtschaftlichen Folgen der Klimakrise treffen Schweizer*innen weniger stark als viele Menschen im Globalen Süden. So verwenden Schweizer Haushalte durchschnittlich rund 9 Prozent ihrer Konsumausgaben für Lebensmittel, während es in afrikanischen Ländern im Durchschnitt 41 Prozent sind.³⁴

Die Schweiz muss Verantwortung für hohe Emissionen übernehmen

Der ökologische Fussabdruck der Schweiz umfasst nicht nur die Emissionen im Inland. Als globaler Finanz-, Rohstoff- und Agrarhandelsplatz trägt sie weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus dazu bei.

Schweizer Finanzinstitutionen halten oder verwalten Wertpapiere von Kohle-, Öl- und Gasunternehmen im Umfang von rund 126,9 Milliarden US-Dollar. Damit gehört die Schweiz weltweit zu den grössten Investor*innen in fossile Unternehmen und liegt pro Kopf sogar an der Spitze. Rund 94 Prozent dieser Anlagen entfallen auf Unternehmen, die weiterhin neue fossile Reserven oder Infrastruktur erschliessen. Die UBS nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein: Die grösste Schweizer Bank hält mit rund 71,7 Milliarden US-Dollar mehr als die Hälfte der erfassten Fossilanlagen.

Gleichzeitig haben einige der weltweit grössten Rohstoff- und Agrarhandelskonzerne ihren Sitz in der Schweiz. Über den Finanzplatz, den Rohstoffhandel und internationale Investitionsströme ist das Land eng mit Geschäftsaktivitäten verknüpft, die das globale Klima massgeblich schädigen.³⁵

Aus dieser Schlüsselstellung erwächst Verantwortung: Die Schweiz verfügt nicht nur über die Ressourcen, um die Folgen der Klimakrise abzufedern; sie hat auch direkten Einfluss auf Unternehmen und Geschäftsmodelle, die wesentlich zur Klimakrise beitragen. Sie hat deshalb die Pflicht, nicht nur die eigenen Emissionen konsequent zu reduzieren, sondern auch jene Akteur*innen stärker in die Verantwortung zu nehmen, die überproportional zur Klimakrise beitragen oder wirtschaftlich von fossilen Geschäftsmodellen profitieren.

6

Make Polluters Pay: Die Verursachenden zur Verantwortung ziehen

Die Klimakrise und ihre ungleichen Folgen sind nicht naturgegeben. Sie sind das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen.

Bis heute werden ihre Kosten zu einem grossen Teil von der Allgemeinheit und von Menschen getragen, die wenig dazu beigetragen haben. Gleichzeitig verfügen die Hauptverursacher*innen – emissionsintensive Unternehmen, grosse Finanzakteur*innen, reiche Länder und Einzelpersonen – über die Mittel, sich besser vor den Folgen zu schützen. Dieses Ungleichgewicht muss korrigiert werden.

Die Schweiz muss ihren Hebel nutzen

Die Schweiz hat besondere Möglichkeiten, die Hauptverursacher*innen der Klimakrise in die Verantwortung zu nehmen. Als Standort grosser Vermögen, international tätiger Finanzinstitute sowie bedeutender Rohstoff- und Agrarhandelsunternehmen kann sie dazu beitragen, dass diese für die Schäden ihres Beitrags zur Klimakrise aufkommen müssen.

Solidar Suisse fordert den Bundesrat auf, das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden: Wer überproportional zur Klimakrise beiträgt oder davon profitiert, muss einen entsprechend grösseren Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten.

Unsere Forderungen

Die Hauptverursachenden zur Finanzierung der Klimafolgen verpflichten

Wer überproportional zur Klimakrise beiträgt oder von emissionsintensiven Geschäftsmodellen profitiert, soll einen grösseren Beitrag zur Finanzierung von Klimaschutz, Anpassungsmassnahmen sowie klimabedingten Verlusten und Schäden leisten.

Die Mittel dort einsetzen, wo die Klimakrise Menschen am härtesten trifft

Besonders betroffene Menschen und Gemeinschaften müssen besser geschützt und unterstützt werden. Dazu gehören Anpassungsmassnahmen, die Bewältigung klimabedingter Verluste und Schäden sowie eine starke internationale Zusammenarbeit.

Fossile und besonders klimaschädliche Geschäftsmodelle verhindern

Gewinne aus fossilen Geschäften, klimaschädliche Investitionen, Krisengewinne und andere Geschäftsmodelle, die zur Klimakrise beitragen oder von ihr profitieren, dürfen nicht weiter begünstigt werden.³⁶

Konkret heisst das:

- Höhere Besteuerung grosser Vermögen und der Übergewinne von Erdöl-, Gas- und Rohstoffunternehmen in der Schweiz und Vorantreiben internationaler Regelungen.
- Einsatz der Steuereinnahmen für Klimaschutz, Anpassungsmassnahmen sowie klimabedingte Verluste und Schäden im Globalen Süden.
- Stärkung der internationalen Klima- und Entwicklungszusammenarbeit, damit Menschen und Gemeinschaften, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, besser auf ihre Folgen reagieren können.

Make Polluters Pay.

Menschen im globalen Süden dürfen nicht für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben. Wer die Klimakrise anheizt und an ihr verdient, muss sich an den Kosten ihrer Bewältigung beteiligen.

Quellen und Endnoten

1. Konsumbasierte Emissionen sind alle Treibhausgase, die entlang der gesamten Lieferkette entstehen, um die von uns verbrauchten Güter und Dienstleistungen herzustellen und zu transportieren.
2. J. Hickel (2020), *Quantifying National Responsibility for Climate Breakdown: An Equality-Based Attribution Approach for Carbon Dioxide Emissions in Excess of the Planetary Boundary*, The Lancet Planetary Health 4(9), e399-e404. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(20\)30196-0](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(20)30196-0)
3. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Section 2; vgl. L. Chancel (2022), *Global Carbon Inequality over 1990-2019*, Nature Sustainability 5, 931-938. <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00955-z>
4. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Section 1; vgl. S. Gössling und A. Humpe (2020), *The Global Scale, Distribution and Growth of Aviation: Implications for Climate Change*, Global Environmental Change 65, 102194. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102194>
5. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Stats 3.1-3.2. Investitionsemissionen werden gemäss Eigentumsanteil an Scope-1- und Scope-2-Emissionen zugerechnet.
6. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Stats 3.3-3.4; S&P Global (2025), *Trucost Environmental Data: Methodology*.
7. S. Hundessa et al. (2025), *Global Excess Deaths Associated with Heatwaves in 2023 and the Contribution of Human-Induced Climate Change*, The Innovation 6(10), 101110.
8. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Section 6 und Stat 2.5; S. Schöngart et al. (2025), *High-Income Groups Disproportionately Contribute to Climate Extremes Worldwide*, Nature Climate Change 15, 627-633. <https://doi.org/10.1038/s41558-025-02325-x>
9. M. Bangalore et al. (2017), *Unbreakable: Building the Resilience of the Poor in the Face of Natural Disasters*, World Bank. Oxfam erweitert das Modell um ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen.
10. A. Patankar (2019), *Impacts of Natural Disasters on Households and Small Businesses in India*, ADB Economics Working Paper 603.
11. B.L. Hoffmann (2021), *How Climate Change Worsens Poverty and Inequality*, Inter-American Development Bank.
12. S. Cevik und J.T. Jalles (2023), *For Whom the Bell Tolls: Climate Change and Income Inequality*, Energy Policy 174, 113475. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2023.113475>
13. UNDP und OPHI (2025), *2025 Global Multidimensional Poverty Index: Overlapping Hardships – Poverty and Climate Hazards*.
14. A. Hultgren et al. (2025), *Impacts of Climate Change on Global Agriculture Accounting for Adaptation*, Nature 642, 644-652. <https://doi.org/10.1038/s41586-025-09085-w>
15. FAO (2024), *The Unjust Climate: Measuring the Impacts of Climate Change on Rural Poor, Women and Youth*.
16. M. Kotz et al. (2024), *Global Warming and Heat Extremes to Enhance Inflationary Pressures*, Communications Earth & Environment 5, 116. <https://doi.org/10.1038/s43247-023-01173-x>
17. USDA Economic Research Service, aufbereitet von Our World in Data, *Share of Consumer Expenditure Spent on Food*. <https://ourworldindata.org/grapher/share-of-consumer-expenditure-spent-on-food>
18. Oxfam und Acción contra el Hambre (2026), *Sin Cosechas, Ni Protección Social: Evaluación de Seguridad Alimentaria y Cobertura de Programas de Protección Social en Guatemala y Honduras*.
19. FAO, International Land Coalition und CIRAD (2026), *The Status of Land Tenure and Governance*.
20. S. Lindersson et al. (2023), *The Wider the Gap between Rich and Poor the Higher the Flood Mortality*, Nature Sustainability 6, 995-1005. <https://doi.org/10.1038/s41893-023-01107-7>
21. A.C. Vogt-Schilb und A. Bagolle (2024), *A Storm Blows in Inequality*; D. Richardson et al. (2024), *Premium Price: The Impact of Climate Change on Insurance Costs*.
22. D. Dunne (2020), *Mapped: How Climate Change Disproportionately Affects Women's Health*, Carbon Brief.
23. K.R. van Daalen et al. (2022), *Extreme Events and Gender-Based Violence*, The Lancet Planetary Health 6(6), e504-e523. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(22\)00088-2](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(22)00088-2)
24. UNHCR (2025), *No Escape II - The Way Forward*.
25. International Organization for Migration (2015), *IOM Outlook on Migration, Environment and Climate Change*; IOM (2024), *Environmental Migration*.
26. P. Sisson (2024), *Natural Disasters Are Making a Mess of America. Private Equity Wants the Cleanup Cash*, Sherwood News; vgl. Bloomberg Prepare and Repair Index.
27. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Section 4, Double Dividend. Oxfam kombiniert die öffentlich kotierten Unternehmen der Carbon Majors Database mit dem Bloomberg Prepare and Repair Index.
28. I. Lahiri (2024), *Cocoa Prices Rise to Fresh Records*, Euronews; FAO (2025), *Adverse Climatic Conditions Drive Coffee Prices to Highest Level in Years*.
29. A. Wion et al. (2024), *The Role of Commodity Traders in Shaping Agricultural Markets*, European Parliament.
30. Oxfam International (2026), *Disaster Divide Methodology Note*, Stat 6.1.
31. Oxfam International (2026), *National Stats for Disaster Divide*, Abschnitt «Switzerland – Emissions inequality (2022)». Oxfam-Analyse von Daten des Stockholm Environment Institute.
32. Oxfam International (2026), *National Stats for Disaster Divide*, Abschnitt «Switzerland – Private jets (01 Jan 2025–31 Dec 2025)» und «Germany – Private jets (01 Jan 2025–31 Dec 2025)». Oxfam-Analyse von Daten des Private Jet Emissions Tracker, Institute for Policy Studies / Private Jet Accountability Project. Die Pro-Kopf-Vergleiche beruhen auf den im Dokument ausgewiesenen Abflughzahlen und Bevölkerungsgrössen.
33. Oxfam International (2026), *National Stats for Disaster Divide*, Abschnitt «Switzerland – Climate hazard exposure and vulnerability (2024)». Oxfam-Analyse von World Bank Data360, Atlas of Global Development.
34. Oxfam International (2026), *National Stats for Disaster Divide*, Abschnitt «Switzerland – Food as share of consumer expenditure» und «Africa – Food as share of consumer expenditure». Oxfam-Analyse von Daten des USDA Economic Research Service, aufbereitet von Our World in Data.
35. Zum Rohstoffplatz: Schweizerischer Bundesrat (2021), *Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht «Rohstoffsektor Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven»*. Zum Finanzsektor und zu den Investitionen von 126,9 Milliarden US-Dollar in Unternehmen der Kohle-, Öl- und Gasindustrie: BreakFree Suisse (2026), *Investing in Climate Chaos: Switzerland*, https://breakfreesuisse.org/wp-content/uploads/2026/09/Investing-in-Climate-Chaos-Switzerland_ENG.pdf.
36. Oxfam International (2026), *Disaster Divide: How Climate Chaos Deepens Inequality and Enriches the Few*, Section 5, politische Empfehlungen. Die Forderungen wurden von Solidar Suisse für den Schweizer Kontext und die Kampagne «Make Polluters Pay» angepasst.